

NOMOSLEHRBUCH

Bieber | Epiney | Haag | Kotzur

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

14. Auflage



Nomos

Helbing
Lichtenhahn
Verlag



NOMOSLEHRBUCH

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber | Prof. Dr. Astrid Epiney
Marcel Haag | Prof. Dr. Markus Kotzur

Die Europäische Union

Europarecht und Politik

14. Auflage

Prof. (em.) Dr. Roland Bieber, Universität Lausanne | **Prof. Dr. Astrid Epiney**,
Universität Fribourg | **Marcel Haag**, Europäische Kommission, Brüssel | **Prof.**
Dr. Markus Kotzur, Universität Hamburg



Nomos

Helbing
Lichtenhahn
Verlag



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-6181-4 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, Print)

ISBN 978-3-7489-0300-0 (Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, ePDF)

ISBN 978-3-7190-4393-3 (Helbing Lichtenhahn Verlag, Basel)

14. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur vierzehnten Auflage

Die Europäische Union bildet eine freiwillig geschaffene noch immer einzigartige gemeinsame Rechtsordnung europäischer Völker. Die im Jahre 2020 sichtbaren Krisen und weltpolitischen Veränderungen belegen die Bedeutung gemeinsamen Handelns, um Frieden, Wohlstand und die Grundlagen zukünftigen Lebens zu sichern. Gemeinsames Regieren, das gemeinsamen Werten verpflichtet ist, steht in bewusster Alternative zum Egoismus des isoliert handelnden Nationalstaats. Die trotz der nötigen Kompromisse auf Dauer größere Leistungsfähigkeit des gemeinsamen Handelns und sein Potential für zwischenstaatliche Konfliktminderung gilt jedoch trotz zahlreicher Wünsche zur Aufnahme in die Union nicht als selbstverständlich. Das Referendum in Großbritannien im Jahre 2016 zugunsten des im Jahre 2020 wirksam gewordenen Austritts aus der Union illustriert auf dramatische Weise die Zweifel an dem Nutzen der seit über sechzig Jahren bestehenden gemeinsamen Rechtsordnung und die weiter reichenden Tendenzen, sich den gemeinsam eingegangenen Pflichten zu entziehen. Erstmals musste die Union mit einem Mitgliedstaat über die Folgen von dessen Ausscheiden aus dem gemeinsamen Verband verhandeln und erstmals wurde 2017 gegen einen Mitgliedstaat ein Verfahren zur Feststellung der „eindeutigen Gefahr“ einer schwer wiegenden Verletzung der gemeinsamen Werte eingeleitet. In die Reihe der Infragestellungen des gemeinsamen Rechts gehört auch das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2020 mit seiner Behauptung, eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs sei „objektiv willkürlich“ und daher für Deutschland nicht bindend. Eine ganz anders gelagerte Herausforderung für die Einhaltung und für die Leistungsfähigkeit der gemeinsamen Rechtsordnung bildet seit 2020 die COVID-19 Pandemie.

Die vierzehnte Auflage des bewährten Lehrbuchs spiegelt die jüngsten Entwicklungen im Inneren wie im Äußeren der Union. Sie wurde umfassend überarbeitet, um die bis zum Sommer 2020 ergangene neueste Gesetzgebung und Rechtsprechung und die veränderten Existenzbedingungen der Union zu berücksichtigen.

In vierzig Kapiteln wird die politische und rechtliche Eigenart der Union in einer Gesamtschau auf Verträge, institutionelle Praxis sowie deren Wirkung in den Mitgliedstaaten und im internationalen Bereich erschlossen. Die wesentlichen Strukturen und Aktionsfelder der Europäischen Union werden präzise und auf dem neuesten Stand dargestellt und kritisch analysiert (u.a. Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungspolitik, Asyl- und Einwanderungsrecht, Umwelt, Außenbeziehungen). Gleichermaßen Berücksichtigung erfahren dabei die vertraglichen Quellen in der Fassung des Vertrags von Lissabon, die späteren Ergänzungsverträge (Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus) sowie die umfassende Ausführungsgesetzgebung und die Rechtsprechung. Bei der Darstellung der Beziehungen der Union zu Großbritannien wird hier der bis zum 31. Dezember 2020 wirksame Austrittsvertrag zugrunde gelegt. Über das nach seinem Auslaufen anwendbare Recht wird im Sommer 2020 noch verhandelt.

Der Integrationsprozess steht vor der Notwendigkeit, neue Formen zu finden und Krisen zu bewältigen, die an seinem Beginn nicht vorhergesehen wurden. Dies gilt insbesondere für die aus der Pandemie erwachsenen Bedrohungen der Lebensbedingungen, aber auch nach wie vor für eine Reihe weiterer Herausforderungen (wie die Migration nach Europa, den Klimawandel oder militärische Konflikte in unmittelbarer Nachbarschaft). Hinzu kommen die Anfälligkeit des internationalen Währungssystems und der öffentlichen Finanzen im Inneren der Union. Die Notwendigkeit gemeinsamen solida-

rischen Handelns ist nicht geringer geworden. Doch zeigten sich Schwächen der geltenden vertraglichen Regeln. Auch begünstigen Mängel der Kommunikation zwischen den Bürgern und den gemeinsamen Organen der Union und eine geringe Bereitschaft der staatlichen Regierungen, Verantwortung für ihr Handeln im Rat der Union zu übernehmen, die Entfremdung der Bürger von der Union. In diesem Umfeld wird es großer Anstrengungen aller politisch Verantwortlichen bedürfen, um den Wert der gemeinsamen Rechtsordnung zu bewahren und zu entwickeln. Unser Buch soll zur Verbreitung zuverlässiger Informationen über das gemeinsame Regieren in der Union beitragen und gleichzeitig eine Vertiefung offener Rechtsfragen ermöglichen. Zu diesem Zweck legen wir Wert auf die Angabe genauer Quellen, die nach Möglichkeit amtliche Fundstellen nachweisen.

Das Buch bildet eine Gemeinschaftsarbeit. Die Kooperation mehrerer Autoren gewährleistet, dass der immer komplexer werdende Stoff gleichmäßig durchdrungen und dargestellt wird. Auch können vielfältige Erfahrungen aus Wissenschaft und Praxis genutzt werden.

Im Einzelnen verfassten die Autoren folgende Paragraphen:

Roland Bieber: 7, 19, 26, 27.

Astrid Epiney: 2 A und C, 8, 9, 10, 11, 12, 20, 25, 30, 34, 35.

Marcel Haag: 2 B, 4, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 21, 22, 23, 24, 33, 36, 37.

Markus Kotzur: 1, 3, 5, 6, 28, 29, 31, 32, 38, 39, 40.

(Die Beiträge von Marcel Haag sind nur ihm persönlich zuzurechnen. Sie bringen in keiner Weise die Meinung der Europäischen Kommission zum Ausdruck.)

August 2020

Roland Bieber
Bonn/Lausanne

Astrid Epiney
Fribourg

Marcel Haag
Brüssel

Markus Kotzur
Hamburg

Inhaltsübersicht

Vorwort zur vierzehnten Auflage	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	29
Teil A Grundlagen	37
§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration	37
§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten	56
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	102
§ 4 Institutionelles System	131
§ 5 Finanzverfassung	184
§ 6 Rechtsquellen	198
§ 7 Rechtsetzungsverfahren	225
§ 8 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	245
§ 9 Rechtsschutzsystem	260
Teil B Grundfreiheiten	314
§ 10 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	314
§ 11 Freier Warenverkehr	331
§ 12 Arbeitnehmerfreizügigkeit	363
§ 13 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	387
§ 14 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	399
Teil C Politikbereiche	408
§ 15 Wettbewerbspolitik	408
§ 16 Staatliche Beihilfen	436
§ 17 Angleichung der Rechtsordnungen	450
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	464
§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	469
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	478
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	495
§ 22 Steuerrecht	502
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	513
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	519
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	534
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	558
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	568
§ 28 Energiepolitik	580
§ 29 Industrie	588
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	593

Inhaltsübersicht

§ 31	Forschung, Technologie und Raumfahrt	599
§ 32	Bildung, Kultur und Sport	604
§ 33	Telekommunikation und Datenschutz	611
§ 34	Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	618
§ 35	Umwelt	636
Teil D	Außenbeziehungen	657
§ 36	Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	657
§ 37	Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	672
§ 38	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	690
§ 39	Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	700
Teil E	Perspektiven	710
§ 40	Ausblick	710
	Quellen- und Literaturhinweise	725
	Stichwortverzeichnis	729

Inhalt

Vorwort zur vierzehnten Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	29

TEIL A GRUNDLAGEN

§ 1 Entwicklung und Theorie der Europäischen Integration	37
A. Überblick	37
B. Zum Entstehen der Europäischen Idee	38
I. Der Europagedanke und seine Verwirklichung bis 1914	38
II. Anstöße zur Einigung Europas nach 1914	39
C. Zur Entwicklung der Europäischen Union	41
I. Die Gründungsverträge und ihre Vertiefung	41
II. Die Entwicklung der EG-Verträge zur Verfassung der Europäischen Union	42
III. Die Europäische Union als Verfassungsordnung und der Vertrag von Lissabon	45
IV. Krisensteuerung in der „post-Lissabon Phase“	47
V. Neuartige Formen der Integration (verstärkte Zusammenarbeit, „Schengen“, „Prüm“)	48
VI. Erweiterungen	49
VII. Die Union als internationaler Akteur	51
D. Integrationstheorien	51
I. Politikwissenschaft	51
II. Rechtswissenschaft	52
III. Ökonomie	53
IV. Geschichtswissenschaft und Soziologie	54
E. Zusammenfassung	54
F. Literatur	55
§ 2 Die Grundlagen der Union: Bürger und Staaten	56
A. Vorbemerkungen	56
B. Die Bürgerinnen und Bürger	57
I. Die Rechte der Bürger	58
1. Grundrechte	58
a) Grundlagen	58
b) Umfang und Reichweite des Grundrechtsschutzes	59
aa) Rechtsgrundlagen	59
bb) Die Grundrechte als allgemeine Rechtsgrundsätze	60
cc) Grundrechtsträger	60
dd) Grundrechtsadressaten	61
ee) Rang und Wirkungen	62
c) Verhältnis zur EMRK	62
2. Grundfreiheiten	63

3. Unionsbürgerschaft	64
a) Grundlagen	64
b) Begriff der Unionsbürgerschaft	65
c) Die Unionsbürgerrechte im Einzelnen	67
aa) Das allgemeine Recht auf Bewegungs- und Aufenthaltsfreiheit	67
bb) Das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen und Wahlen zum EP	69
cc) Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz	71
dd) Bürgerinitiativrecht	73
ee) Petitionsrecht zum EP	73
ff) Recht zur Anrufung von Einrichtungen der EU	74
gg) Recht zur Anrufung des Bürgerbeauftragten	74
II. Die Pflichten der Bürger	76
C. Die Mitgliedstaaten	76
I. Pflichten der Union: die Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten, der Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und die Einbindung der nationalen Parlamente	78
1. Achtung der Mitgliedstaaten, insbesondere der nationalen Identität (Art. 4 Abs. 2 EUV)	78
2. Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit (Art. 4 Abs. 3 EUV)	81
3. Zur Rolle der nationalen Parlamente	82
II. Pflichten der Mitgliedstaaten	83
1. Pflicht zur loyalen Zusammenarbeit	84
2. Achtung fundamentaler Grundsätze durch die Mitgliedstaaten	85
3. Haftung der Mitgliedstaaten für Verstöße gegen Unionsrecht	88
III. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	91
1. Deutschland	92
2. Österreich	97
3. Zu den übrigen Mitgliedstaaten	97
D. Literatur	98
I. Grundrechte	98
II. Unionsbürgerschaft	99
III. Souveränität und Föderalismus	99
IV. „Homogenität“ in der EU, nationale Identität, Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit und Rolle der nationalen Parlamente	100
V. Staatshaftung	100
VI. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Integrationsprozesses in den Mitgliedstaaten	101
§ 3 Strukturprinzipien der EU-Verfassung	102
A. Verfassungsqualität – Verfassungsgrundlagen	102
B. Ziele	104
C. Wirtschafts- und Sozialverfassung	106
D. Die Wertordnung der Union	107
I. Grundlagen	107
II. Das Demokratieprinzip	109

III. Das Rechtsstaatsprinzip	111
IV. Solidarität	111
E. Die Aufteilung der Zuständigkeiten	113
I. Grundsätze	113
II. Gesetzgebung und Außenbeziehungen	114
III. Modalitäten der Zuständigkeitsausübung	117
F. Das Verhältnis zwischen dem Recht der EU und dem Recht der Mitgliedstaaten	119
G. Zugehörigkeit zur Union (Beitritt und Ausscheiden)	123
H. Einheit und Differenzierung	124
I. Rechtspersönlichkeit	126
J. Territorialer Geltungsbereich des Rechts der Union	127
K. Symbole der Union	128
L. Zusammenfassung	129
M. Literatur	129
§ 4 Institutionelles System	131
A. Grundlagen	131
I. Quellen und Terminologie	131
II. Die besonderen Merkmale des institutionellen Systems der EU	131
1. Grundzüge	131
2. Prinzipien der Zusammensetzung	132
a) Auswahl der Mitglieder	132
b) Größe der Organe	133
3. Befugnisse der Organe	133
a) Grundlagen	133
b) Schranken	134
4. Pflichten der Organe	135
a) Wahrung der Funktionsfähigkeit (Identität und Kooperation)	135
b) Effiziente Erfüllung der Aufgaben	136
c) „Institutionelles Gleichgewicht“	136
III. Organhandeln im Rahmen besonderer Zuständigkeiten	136
1. Verstärkte Zusammenarbeit	136
2. Sonstiges Organhandeln außerhalb der vertraglichen Befugnisse	137
B. Die institutionelle Struktur	137
I. Die Hauptorgane	137
1. Europäisches Parlament (EP)	137
a) Vorbemerkung	137
b) Aufgaben	137
aa) Überblick	137
bb) Beratungsbefugnis	138
cc) Rechtsetzung	138
dd) Kontrolle	138
ee) Ernennungen/ Wahlrechte	140
ff) (Mit-)Gestaltung der EU-Außenbeziehungen	140
gg) Repräsentativfunktion	141
c) Zusammensetzung	141

d)	Organisation und Arbeitsweise	143
aa)	Selbstorganisationsrecht	143
bb)	Statut der Abgeordneten	144
cc)	Ausschüsse	144
dd)	Fraktionen und Europäische Parteien	144
e)	Interparlamentarische Beziehungen	146
aa)	Parlamente der Mitgliedstaaten	146
bb)	Parlamente von Drittstaaten	147
f)	Verwaltung	147
2.	Europäischer Rat	147
a)	Einleitung	147
b)	Zusammensetzung und Verfahren	148
c)	Aufgaben	149
3.	Rat	149
a)	Aufgaben	149
aa)	Rechtsetzung	149
bb)	Initiativrecht	150
cc)	Exekutivaufgaben	150
dd)	Ernennungen	151
ee)	Kontrolle	151
ff)	Rückkopplungsfunktion	152
b)	Zusammensetzung	153
c)	Organisation und Arbeitsweise	153
aa)	Geschäftsordnung/Interne Organisation	153
bb)	Abstimmungsgrundsätze	154
cc)	Ausschuss der Ständigen Vertreter; Politisches Komitee, Koordinierungsausschuss	156
d)	Der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	157
e)	Im Rat vereinigte Vertreter der Mitgliedstaaten	157
f)	Entscheidungsorgane in Verträgen mit Drittstaaten	157
4.	Kommission	158
a)	Vorbemerkung	158
b)	Aufgaben	158
aa)	Initiativrecht	158
bb)	Rechtsetzung	159
cc)	Rechtsanwendung und Verwaltungstätigkeit	159
dd)	Kontrolle der Einhaltung des EU-Rechts	160
c)	Zusammensetzung	161
d)	Organisation und Arbeitsweise	162
aa)	Selbstorganisationsrecht	162
bb)	Willensbildung	163
5.	Europäischer Gerichtshof, Gericht, Fachgerichte	163
a)	Einleitung	163
b)	Zuständigkeiten des EuGH	164
aa)	Streitigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten	164
bb)	Streitigkeiten zwischen EU und Mitgliedstaaten	164

cc)	Streitigkeiten zwischen den Organen und sonstigen Einrichtungen	164
dd)	Streitigkeiten zwischen Einzelnen und der EU	165
ee)	Vorabentscheidungen	165
ff)	Entscheidungen über Rechtsmittel	165
gg)	Sonstige Zuständigkeiten und Aufgaben	165
c)	Zusammensetzung des EuGH, des Gerichts und der Fachgerichte	166
aa)	EuGH	166
bb)	Gericht	166
cc)	Fachgerichte	166
d)	Arbeitsweise	167
aa)	EuGH	167
bb)	Gericht und Fachgerichte	167
6.	Europäische Zentralbank (EZB), Eurosystem, Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)	168
a)	Aufgaben	168
b)	Zusammensetzung, Organisation	168
7.	Rechnungshof	169
a)	Aufgaben	169
b)	Zusammensetzung, Arbeitsweise	170
II.	Die Nebenorgane	170
1.	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)	170
a)	Zuständigkeiten	170
b)	Zusammensetzung, Organisation	170
2.	Ausschuss der Regionen (AdR)	171
a)	Zuständigkeiten	171
b)	Zusammensetzung, Organisation	171
III.	Einrichtungen mit besonderen Aufgaben	172
1.	Europäische Investitionsbank, Europäischer Investitionsfonds	172
a)	Zuständigkeiten	172
b)	Organisation	173
2.	Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter und Europäische Staatsanwaltschaft	173
3.	Ausgegliederte Dienststellen der Organe	174
4.	Vertraglich vorgesehene angegliederte juristische Personen	175
5.	Sekundärrechtlich begründete selbstständige juristische Personen, Agenturen	175
6.	Beratungs- und Hilfseinrichtungen der Kommission (Ausschüsse)	177
a)	Beratende Ausschüsse	177
b)	Kontrollierende Ausschüsse	177
7.	Mit der Union verbundene gemeinsame Einrichtungen	177
IV.	Statut der Mitglieder und Bediensteten, Arbeitsorte, Sprachen	178
1.	Statut der Mitglieder und Bediensteten	178
2.	Arbeitsorte	179
3.	Sprachen	180
C.	Literatur	181
I.	Institutionen allgemein	181
II.	Europäisches Parlament, Europäische Parteien, staatliche Parlamente	181

III. Rat / Europäischer Rat	181
IV. Kommission	182
V. Gerichtshof / Gericht	182
VI. Kontrolleinrichtungen (Rechnungshof, Bürgerbeauftragter, Datenschutzbeauftragter)	182
VII. EWSA, Ausschuss der Regionen	182
VIII. EZB, Europäische Investitionsbank	182
IX. Sonstige Einrichtungen, Agenturen, Einzelfragen des Organisationsrechts	183
§ 5 Finanzverfassung	184
A. Einleitung	184
I. Haushalt 2020	185
II. Rechtsgrundlagen	187
B. Haushaltsplan und mehrjähriger Finanzrahmen	187
I. Überblick	187
II. Haushaltsgrundsätze	189
1. Euro und Rechnungseinheit	189
2. Haushaltsprinzipien	189
C. Einnahmen	190
I. Beiträge	190
II. Eigenmittel	190
III. Anleihen	192
IV. Korrekturmechanismus	193
D. Ausgaben	194
E. Ausführung des Haushaltsplans	195
F. Betrugsbekämpfung	195
G. Haushaltskontrolle	196
H. Ausblick	197
I. Literatur	197
§ 6 Rechtsquellen	198
A. Grundlagen	198
B. System des Unionsrechts	200
I. Primäres Unionsrecht	200
1. Gründungsverträge und Änderungen	200
2. Beitritts- und Austrittsverträge	200
3. Sonstige Vorschriften	201
II. Vertragskonkurrenz	202
III. Ungeschriebenes Primärrecht	202
IV. Die Rechtshandlungen der Organe	204
1. Überblick	204
2. Verordnungen	206
3. Richtlinien	207
4. Beschlüsse	210
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	211
6. Sonstige Rechtshandlungen	211

V.	Rechtsakte der Gesamtheit der Mitgliedstaaten	213
1.	Zuordnung	213
2.	Akte der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten	214
3.	Übereinkommen europäischen Charakters	214
VI.	Normenhierarchie	215
C.	Wirkung des Unionsrechts	217
I.	Überblick	217
II.	Wirkung des Primärrechts	218
III.	Wirkung des abgeleiteten Unionsrechts	219
IV.	Die unmittelbare Wirkung im Verhältnis zwischen Privatpersonen („Drittwirkung“ des Unionsrechts)	221
D.	Übergangsregelung für besondere Rechtsakte der GASP und der PJZS	223
E.	Literatur	223
§ 7	Rechtsetzungsverfahren	225
A.	Grundzüge	225
B.	Rechtsetzung zur Ausführung der Verträge	226
I.	Überblick	226
II.	Rechtsgrundlage	226
III.	Initiativrechte	227
IV.	Anhörungen	227
1.	Anhörungen des EP	228
2.	Anhörung sonstiger Organe und Hilfsorgane	228
3.	Anhörung der mitgliedstaatlichen Parlamente	229
4.	Experten und staatliche Beamte, Sozialpartner	229
V.	Beschlussfassung	229
1.	Überblick	229
2.	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren	230
3.	Besondere Verfahren	231
a)	Überblick	231
b)	Verfahren der Zustimmung	232
c)	Beschlussfassung über den Haushaltsplan	232
4.	Verfahren im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik	233
5.	Verfahren zum Erlass delegierter Rechtsakte und von Durchführungsrecht	234
a)	Delegierte Rechtsakte	234
b)	Durchführungsrecht	235
C.	Allgemeine verfassungsrechtliche Verfahren	236
I.	Vertragsänderung gemäß dem ordentlichen Verfahren (Art. 48 Abs. 2–5 EUV)	236
II.	Vereinfachte Änderungsverfahren (Art. 48 Abs. 6, 7 EUV)	237
III.	Beitritt neuer Mitgliedstaaten	237
D.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten, „Verstärkte Zusammenarbeit“, Austritt aus der Union (besondere verfassungsrechtliche Verfahren)	238
I.	Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten	238
II.	Verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten	239
III.	Austritt	239

E. Form und Inkrafttreten von Rechtsakten	240
I. Normenqualität, Gesetzgebungstechnik	240
II. Begründung der Akte	241
III. Öffentlichkeit der Rechtsetzungsverfahren, Veröffentlichung und Inkrafttreten der Rechtsakte, zeitliche Wirkung	241
IV. Sprachen	242
V. Änderung oder Berichtigung der Rechtsakte	243
F. Ausblick	243
G. Literatur	243
§ 8 Rechtsanwendung und Europäisches Verwaltungsrecht	245
A. Grundlagen und Überblick	245
B. Direkter Vollzug	248
C. Indirekter Vollzug	250
D. Gemischter Vollzug	258
E. Literatur	259
§ 9 Rechtsschutzsystem	260
A. Grundlagen	260
B. Strukturmerkmale des Rechtsschutzes in der EU und der Rechtsprechung des EuGH	261
I. Zuständigkeiten, Charakteristika und Funktionen des EuGH	261
II. Bedeutung des EuGH für die Entwicklung des Unionsrechts	262
III. Die Rolle der staatlichen Gerichte	264
IV. Auslegung des Unionsrechts	265
1. Grundlagen	265
2. Auslegungsmethoden	267
a) Wortlaut	267
b) Historische Auslegung	267
c) Systematische Auslegung	268
d) Teleologische Auslegung	268
e) Präjudizien als Auslegungsgrundsätze	270
C. Verfahrensarten	270
I. Überblick	270
II. Vertragsverletzungsverfahren	271
1. Zulässigkeit	272
2. Begründetheit	274
3. Wirkungen des Urteils	275
4. Verhängung finanzieller Sanktionen	276
III. Nichtigkeitsklage	278
1. Zulässigkeit	278
a) Passivlegitimation	278
b) Klagegegenstand	279
c) Aktivlegitimation	280
aa) Organe und Mitgliedstaaten	280
bb) Natürliche und juristische Personen	280
d) Klagegründe und Frist	286
2. Begründetheit	286

3. Wirkungen des Urteils	286
IV. Untätigkeitsklage	287
1. Zulässigkeit	287
2. Begründetheit und Wirkungen des Urteils	289
V. Inzidentes Normenkontrollverfahren	289
VI. Schadensersatzklage	290
1. Zulässigkeit	291
2. Begründetheit	291
VII. Gutachten	295
VIII. Vorabentscheidungsverfahren	296
1. Zulässigkeit der Vorlage	298
a) Die vorlageberechtigten und -verpflichteten Spruchkörper	298
b) Gegenstand der Vorlage	300
c) Erforderlichkeit der Vorlage	303
2. Wirkung der Urteile des EuGH	306
D. Der Ablauf des Verfahrens vor dem EuGH und dem EuG – ein Überblick	307
E. Literatur	311
I. Auslegung	311
II. Rolle des EuGH	311
III. EuGH – Rechtsschutz und Verfahren allgemein	312
IV. Vorabentscheidungsverfahren	312
V. EuGH – Sonstige Verfahrensarten und -aspekte	313
VI. Verhältnis zu anderen internationalen Gerichtsbarkeiten	313

TEIL B GRUNDFREIHEITEN

§ 10 Allgemeine Prinzipien des Binnenmarkts und Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	314
A. Grundlagen	314
B. Das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	315
C. Allgemeine Prinzipien der Grundfreiheiten	320
I. Schutzbereich	320
1. Der grenzüberschreitende Bezug	320
2. Fehlende gesetzliche Regelung	322
II. Eingriff	322
III. Rechtfertigung	323
IV. Zur Konvergenz der Grundfreiheiten	325
D. Literatur	329
I. Diskriminierungsverbot aus Gründen der Staatsangehörigkeit	329
II. Dogmatik der Grundfreiheiten	330
§ 11 Freier Warenverkehr	331
A. Überblick	331
B. Anwendungsbereich der Vorschriften	332
C. Zollunion	334
I. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	334
II. Der Gemeinsame Zolltarif (GZT)	336

D. Das Verbot mengenmäßiger Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung	338
I. Grundlagen	338
II. Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 34 AEUV)	340
1. Mengenmäßige Beschränkungen	340
2. Maßnahmen gleicher Wirkung	341
3. Rechtfertigung der Beschränkung	350
a) Rechtfertigungsgründe	350
b) Verhältnismäßigkeit	353
4. Prüfungsschema	358
III. Ausfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung (Art. 35 AEUV)	359
E. Umformung staatlicher Handelsmonopole	360
F. Literatur	362
§ 12 Arbeitnehmerfreizügigkeit	363
A. Überblick	363
B. Anwendungsbereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit	364
I. In persönlicher Hinsicht	364
II. In sachlicher Hinsicht	369
III. In räumlicher Hinsicht	370
C. Tragweite der Arbeitnehmerfreizügigkeit	370
I. Primärrechtliche Grundlagen	370
1. Tatbestand des Art. 45 AEUV	370
2. Rechtfertigung von Beschränkungen	374
a) Ausdrückliche Schranken	374
b) Ungeschriebene Schranken	376
II. Sekundärrechtliche Präzisierungen und Ausgestaltungen	377
D. Vom freien Personenverkehr zum europäischen Bürgerrecht	385
E. Literatur	385
I. Allgemeines	385
II. Soziale Sicherheit	386
§ 13 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	387
A. Überblick	387
B. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	387
I. Vertragliche Grundlagen	387
II. Inhalt der Niederlassungsfreiheit	388
III. Inhalt der Dienstleistungsfreiheit	391
IV. Stand der Marktöffnung	395
C. Literatur	398
§ 14 Freiheit des Kapital- und Zahlungsverkehrs	399
A. Grundlagen	399
B. Freier Kapitalverkehr	399
I. Die Regelung des AEUV	399
II. Der Stand der Verwirklichung der Kapitalverkehrsfreiheit	402

C. Freier Zahlungsverkehr	403
D. Schaffung eines europäischen Finanzraums	403
I. Wertpapier- und Börsenrecht	404
II. Bankrecht	405
III. Schutz der Verbraucher	406
IV. Versicherungen	406
E. Literatur	406

TEIL C POLITIKBEREICHE

§ 15 Wettbewerbspolitik	408
A. Grundlagen	408
B. Der Anwendungsbereich der Wettbewerbsregeln	409
I. Sachlicher Anwendungsbereich	409
1. Landwirtschaft	409
2. Verkehr	410
II. Territorialer Anwendungsbereich der EU-Wettbewerbsregeln	410
III. Das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem Wettbewerbsrecht	411
C. Das Kartellverbot	413
I. Allgemeines	413
II. Verbotstatbestand (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	413
1. Adressaten des Kartellverbots	413
2. Handlung	414
3. Wettbewerbsbeschränkung	415
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	416
5. Spürbarkeit	417
III. Rechtsfolgen des Kartellverbots (Art. 101 Abs. 2 AEUV)	418
IV. Freistellung vom Kartellverbot (Art. 101 Abs. 3 AEUV)	418
1. Voraussetzungen	418
2. Unmittelbare Anwendung	419
3. Gruppenweise Freistellung	419
D. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung	420
I. Allgemeines	420
II. Tatbestand des Art. 102 AEUV	421
1. Begriff der beherrschenden Stellung	421
2. Relevanter Markt	421
3. Missbräuchliche Ausnutzung	422
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	424
III. Rechtsfolgen	424
E. Das Verfahren in Kartell- und Missbrauchsfällen	425
I. Verfahren bei der Kommission	425
II. Zusammenarbeit von Behörden und Gerichten	426
F. Fusionskontrolle	427
I. Allgemeines	427
II. Anwendungsbereich	428
III. Materieller Prüfungsmaßstab	429

IV. Fusionskontrollverfahren	431
G. Öffentliche Unternehmen und Unternehmen mit besonderen Rechten	432
H. Literatur	434
§ 16 Staatliche Beihilfen	436
A. Grundlagen	436
B. Das Beihilfeverbot	437
I. Begriff der Beihilfe	438
II. Wettbewerbsverfälschung	440
III. Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	440
IV. Spürbarkeit	441
C. Ausnahmen vom Beihilfeverbot (Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV)	441
I. Die Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV	442
II. Die Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV	443
D. Verfahren bei der Überprüfung staatlicher Beihilfen	444
I. Überprüfung von Beihilfen und Beihilferegelungen	444
II. Gruppenfreistellungsverordnungen	448
E. Perspektiven	449
F. Literatur	449
§ 17 Angleichung der Rechtsordnungen	450
A. Grundlagen	450
B. Grundsätze und Ziele	451
I. Grundsätze der Rechtsangleichung	451
II. Ziele der Rechtsangleichung	453
C. Rechtsgrundlagen und Methoden	455
I. Handlungsermächtigungen der Union	455
1. Allgemeine Angleichungsermächtigungen (Art. 114–118 AEUV)	455
a) Allgemeine Angleichungsermächtigung für den Binnenmarkt (Art. 114 AEUV)	455
b) Auffangermächtigung (Art. 115 AEUV)	458
c) Beseitigung und Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen (Art. 116, 117 AEUV)	459
d) Schaffung von Rechtstiteln im Bereich des geistigen Eigentums (Art. 118 AEUV)	460
2. Sonstige Handlungsermächtigungen	460
II. Vertragsschlusskompetenz der Mitgliedstaaten	461
III. Methoden der Rechtsangleichung	461
D. Literatur	462
§ 18 Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	464
A. Grundlagen	464
B. Die vertragliche Regelung	464
I. Sachlicher Anwendungsbereich der Zusammenarbeit	464
II. Instrumente und Verfahren, Rechtsschutz	465
C. Stand der Verwirklichung des europäischen Rechtsraums in Zivilsachen	466
D. Perspektiven	468
E. Literatur	468

§ 19 Strafrecht, polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	469
A. Grundlagen	469
B. Entwicklung	470
C. Verwirklichung der Zusammenarbeit	471
I. Programme	471
II. Rechtsetzung	471
1. Durchsetzung des Rechts der EU und Schutz ihrer finanziellen Interessen	471
2. Gegenseitige Anerkennung und Angleichung des Strafrechts	472
III. Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit	474
1. Justizielle Zusammenarbeit	474
2. Polizeiliche Zusammenarbeit	475
D. Perspektiven	476
E. Literatur	477
§ 20 Visa-, Asyl- und Einwanderungspolitik	478
A. Grundlagen	478
I. Überblick	478
II. Befugnisse	479
III. Sonderregelungen für Großbritannien, Irland und Dänemark	480
B. Entwicklung	482
C. Zum Stand des Sekundärrechts	484
I. Grenzkontrollen	484
II. Einwanderung	487
III. Asylrecht	489
D. Das Recht der Union unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise 2015	492
E. Literatur	493
§ 21 Gesellschafts- und Unternehmensrecht	495
A. Grundlagen	495
B. Angleichung des Gesellschaftsrechts in den Mitgliedstaaten	496
C. Einführung europäischer Gesellschaftsformen	497
I. Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung	498
II. Europäische Aktiengesellschaft	498
III. Die europäische Genossenschaft	499
IV. Weitere Gesellschaftsformen	499
D. Unternehmensstruktur und Mitbestimmung der Arbeitnehmer	499
E. Aktuelle Schwerpunkte	500
F. Literatur	501
§ 22 Steuerrecht	502
A. Grundlagen	502
B. Das Verbot steuerlicher Diskriminierung	503
I. Verbot diskriminierender innerstaatlicher Abgaben (Art. 110 AEUV)	503
1. Allgemeines	503
2. Tatbestände des Art. 110 AEUV	504
3. Verhältnis zu anderen Vorschriften des AEUV	506

II. Verbot überhöhter Rückvergütung inländischer Abgaben (Art. 111 und 112 AEUV)	506
C. Harmonisierung der indirekten Steuern	506
I. Allgemeines	506
II. Umsatzsteuern	507
III. Verbrauchsteuern	508
IV. Kapitalverkehrs- und Versicherungssteuern	508
D. Harmonisierung direkter Steuern	509
E. Zusammenarbeit der Finanzverwaltungen	510
F. Doppelbesteuerungsabkommen	510
G. EU-Steuern	511
H. Ausblick	511
I. Literatur	511
§ 23 Urheberrecht und Gewerblicher Rechtsschutz	513
A. Grundlagen	513
B. Stand der Harmonisierung	514
I. Patentrecht	514
II. Markenrecht, Musterrecht	515
III. Urheberrecht	516
C. Literatur	517
§ 24 Wirtschafts- und Währungsunion	519
A. Einführung	519
B. Allgemeine Wirtschaftspolitik	519
I. Begriff und vertragliche Grundlagen	519
II. Koordinierung der Wirtschaftspolitik im Rahmen der WWU	520
III. Einhaltung der Haushaltsdisziplin	522
IV. Gegenseitiger (finanzieller) Beistand	524
V. Außervertragliche Instrumente zur Finanzhilfe	525
C. Währungspolitik	526
I. Vorbemerkung	526
II. Vorgeschichte der Währungsunion	527
III. Rechtsgrundlagen	528
IV. Ausführung der Währungspolitik	530
D. Perspektiven	532
E. Literatur	532
§ 25 Sozialpolitik und Arbeitsrecht	534
A. Grundlagen	534
B. Sozialpolitik	535
I. Überblick	535
II. Rechtsgrundlagen	537
III. Stand der Sozialpolitik in der Union	539
1. Die sozialpolitischen Aktionsprogramme	539
2. Zum Stand des Sekundärrechts	541
a) Arbeitsrecht	541
b) Soziale Sicherheit	545

c) Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz	547
d) Bewertung	548
C. Gleichbehandlung von Mann und Frau	548
I. Der Grundsatz des gleichen Entgelts – Art. 157 Abs. 1 AEUV	548
II. Der allgemeine Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau	550
III. Konkretisierung und Erweiterung des Gebots der Gleichbehandlung durch Sekundärrecht	550
IV. Zu „positiven Maßnahmen“	552
D. Der Europäische Sozialfonds	553
E. Titel IX AEUV „Beschäftigung“	554
F. Fazit und Perspektiven	555
G. Literatur	556
I. Sozialrecht	556
II. Arbeitsrecht	556
III. Gleichstellung	556
IV. Beschäftigung	557
§ 26 Landwirtschafts- und Fischereipolitik	558
A. Grundlagen	558
B. Vertragliche Regelung	559
I. Überblick	559
II. Ziele, Mittel, Methoden	560
III. Marktordnungen	560
C. Anwendung des Vertrages im Bereich Landwirtschaft	561
I. Marktordnungspolitik	561
II. Preissysteme	562
III. Direkte Subventionen	563
IV. Agrarstrukturpolitik	563
V. Maßnahmen mit mehrfacher Zielsetzung	564
VI. Zulässigkeit staatlicher Regelungen im Agrarbereich	564
D. Fischereipolitik	564
I. Grundlagen	564
II. Vertragsausführung	565
1. Bewirtschaftung der Ressourcen	565
2. Vermarktungs- und Strukturregeln	566
3. Außenbeziehungen	566
E. Probleme und Entwicklungstendenzen von Landwirtschafts – und Fischereipolitik	566
F. Literatur	567
§ 27 Verkehrspolitik und Transeuropäische Netze	568
A. Grundlagen, Befugnisse	568
B. Vertragsanwendung allgemein	570
C. Eisenbahnverkehr	571
D. Straßenverkehr	572
E. Binnenschifffahrt	573
F. Seeverkehr	574

G. Luftverkehr	576
H. Transeuropäische Netze	578
I. Ausblick	579
J. Literatur	579
§ 28 Energiepolitik	580
A. Grundlagen	580
B. Entwicklung	581
C. Verwirklichung einer EU-Energiepolitik	583
I. Allgemeine Orientierungen	583
II. Sektorielle Maßnahmen	584
1. Verbrauchseinsparung und erneuerbare Energiequellen	584
2. Marktöffnung für Kohlenwasserstoffe und Elektrizität	584
3. Versorgungssicherheit	585
4. Kernenergie	586
5. Zusammenarbeit der staatlichen Energieregulierungsbehörden	586
6. Internationale Zusammenarbeit	587
D. Literatur	587
§ 29 Industrie	588
A. Grundlagen	588
B. Vertragsanwendung	589
C. Sektorale Aktionen	592
D. Literatur	592
§ 30 Struktur- und Kohäsionspolitik	593
A. Grundlagen und Befugnisse	593
B. Anwendung des Vertrages	595
C. Bewertung	598
D. Literatur	598
§ 31 Forschung, Technologie und Raumfahrt	599
A. Grundlagen, Zuständigkeiten	599
B. Vertragsanwendung	601
C. Literatur	603
§ 32 Bildung, Kultur und Sport	604
A. Grundlagen	604
B. Entwicklung	605
C. Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Bildung	606
D. Vertragsanwendung auf dem Gebiet der Kultur	608
E. Sport	610
F. Literatur	610
§ 33 Telekommunikation und Datenschutz	611
A. Telekommunikation	611
I. Grundlagen	611

II. Stand der Telekommunikationspolitik	611
1. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste	612
2. Telekommunikationsgeräte	614
3. Ergänzende Maßnahmen	614
B. Europäischer Datenschutz	615
I. Grundlagen	615
II. Vertragsanwendung	615
1. Datenschutz-Grundverordnung	615
2. Bereichsspezifischer Datenschutz	616
3. Datenschutz bei den Organen und Einrichtungen der Union	617
C. Literatur	617
I. Telekommunikation	617
II. Datenschutz	617
§ 34 Verbraucherschutz und Gesundheitswesen	618
A. Verbraucherschutz	618
I. Grundlagen und Befugnisse	618
1. Rechtsgrundlagen	618
2. Begriffliches	619
3. Entwicklung	621
II. Stand der Verbraucherpolitik	621
1. Planung und finanzielle Unterstützung	621
2. Zum Stand des Sekundärrechts	622
III. Fazit	629
B. Gesundheitswesen	630
I. Grundlagen und Befugnisse	630
II. Durchführung der Gesundheitspolitik der Union	632
III. Fazit	633
C. Literatur	634
I. Verbraucherschutz	634
II. Gesundheitswesen	635
§ 35 Umwelt	636
A. Grundlagen, Befugnisse	636
I. Rechtsgrundlagen	636
II. Inhaltliche Vorgaben	638
III. Entwicklung	639
B. Zum Stand der Umweltpolitik	640
I. Die umweltpolitischen Aktionsprogramme	640
II. Zum Stand des Sekundärrechts	641
1. Allgemeine Regelungen	641
2. Medienschützendes Umweltrecht	645
3. Schutz vor bestimmten Tätigkeiten oder Stoffen	646
4. Bewirtschaftung und Umweltressourcen	647
5. Klimaschutz	648
C. Verbleibende Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	649
I. Art. 114 Abs. 4–6 AEUV	650
II. Art. 193 AEUV	653

D. Herausforderungen der Umweltpolitik der Union	654
E. Literatur	656

TEIL D AUßENBEZIEHUNGEN

§ 36 Grundlagen und Verfahren der Außenbeziehungen	657
A. Grundzüge	657
B. Stellung der EU im Völkerrecht	659
I. Rechtsfähigkeit der EU	659
II. Beziehungen zu dritten Staaten und internationalen Organisationen – Rechtsgrundlagen	660
III. Völkerrechtliche Pflichten der EU	661
1. Allgemeines Völkerrecht	661
2. Bindungen der Union an Verträge der Mitgliedstaaten	662
C. Die Befugnisse zum Abschluss internationaler Verträge	663
I. Die Vertragsschlusskompetenz der Union	663
1. Umfang der Vertragsschlusskompetenz	663
2. Art der Vertragsschlusskompetenz	664
3. Vertragsschlussverfahren	665
a) Verfahren im EU-Bereich	665
b) Verfahren im EAG-Bereich	668
4. Gemischte Abkommen	668
II. Wirkungen der von der Union geschlossenen Verträge	669
D. Literatur	671
§ 37 Gemeinsame Handelspolitik und Entwicklungspolitik	672
A. Die gemeinsame Handelspolitik	672
I. Grundlagen	672
1. AEU-Vertrag	672
2. EAG-Vertrag	673
3. Leitlinien und Ziele der Gemeinsamen Handelspolitik	673
II. Umfang der gemeinsamen Handelspolitik	674
1. Gegenständlicher Umfang	674
2. Handelspolitische Befugnisse der Mitgliedstaaten	676
III. Instrumente der gemeinsamen Handelspolitik	677
1. Autonome Maßnahmen	677
2. Vertragliche Handelsbeziehungen	678
3. Koordinierung der mitgliedstaatlichen Instrumente	680
B. Assoziierung	681
I. Grundlagen	681
II. „Konstitutionelle“ Assoziierung	681
III. Assoziierung gemäß Art. 217 AEUV, 206 EAGV	682
IV. Ausgestaltung der Assoziierungsabkommen	682
C. Entwicklungspolitik	684
I. Grundlagen	684
II. Entwicklungsassoziiierungen und Kooperationsabkommen	686
1. Das AKP-Abkommen	686

2. Sonstige Assoziierungs- und Kooperationsabkommen	687
3. Globale Entwicklungspolitik	687
D. Ausblick	688
E. Literatur	688
I. Außenwirtschaftspolitik	689
II. Entwicklungspolitik	689
§ 38 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	690
A. Grundlagen	690
B. Gegenstand der „Außen- und Sicherheitspolitik“	692
C. Entwicklung	693
D. Vertragsanwendung	694
I. Modalitäten der GASP und institutionelle Regelungen	694
II. Geografische und sektorische Aktionen	695
III. Restriktive Maßnahmen	696
IV. Abkommen mit Drittstaaten und internationalen Organisationen	696
V. Militärische Aktionen und Maßnahmen im Rahmen der SSZ	697
VI. Positionsbestimmung von EU und ihren Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen und bei multilateralen Verhandlungen	698
E. Literatur	698
§ 39 Europäische Nachbarschaftsbeziehungen und Erweiterung der Union	700
A. Einführung	700
B. Erweiterungen und „Beitrittspartnerschaften“	701
C. Multilaterale Partnerschaften	703
I. Der Europäische Wirtschaftsraum	703
II. Europäischer Luftraum, Verkehrsgemeinschaft	703
III. Europäische Energiegemeinschaft	704
IV. „Mittelmeer-Partnerschaft“	704
D. Besondere bilaterale Beziehungen zu europäischen Staaten und zur Türkei	705
E. Europäische und internationale Organisationen	708
F. Literatur	708

TEIL E PERSPEKTIVEN

§ 40 Ausblick	710
A. Die Union als Entwicklungsprozess	710
B. Konkretisierung des Europäischen Verfassungsraums, Festigung des unionspezifischen Wertsystems	713
I. Rechtsgemeinschaft als Wertegemeinschaft	713
II. Minderung vertragsinterner Widersprüche	715
III. Erprobung des Modells der „verstärkten Zusammenarbeit“	715
IV. Verbesserung des Systems der Vertragsänderung	716
V. Neubestimmung des Konzepts der Erweiterung	716
C. Internationalisierung	717
D. Quo Vadis, Europa? – Die aktuelle Zukunftsaenda	719

E. Literatur	722
I. „Brexit“	722
II. Renationalisierung und Integration	722
III. Handels- und Sicherheitspolitik	723
IV. Zukunft der Europäischen Union	723
Quellen- und Literaturhinweise	725
Stichwortverzeichnis	729

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abg.	Abgeordnete(r)
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AdR	Ausschuss der Regionen
a.E.	am Ende
AETR	Accord européen sur les Transports Routiers (Europäisches Übereinkommen über die Arbeit der im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AFDI	Annuaire Français de Droit International
AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen; Aktiengesellschaft
AJDA	Actualités Juridiques de Droit Administratif
AJIL	American Journal of International Law
AKP-Staaten	Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (Mitgliedstaaten des Cotonou-Abkommens)
AktG	Aktiengesetz
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
Art.	Artikel
AstV	Ausschuss der Ständigen Vertreter
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BALM	Bundesanstalt für landwirtschaftliche Marktordnungen
BAnz.	Bundesanzeiger
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
Beil.	Beilage
Benelux	Belgien, Niederlande, Luxemburg
B.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BKartA	Bundeskartellamt
BNE	Bruttonationaleinkommen
BReg.	Bundesregierung
BT	Deutscher Bundestag
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages

Abkürzungsverzeichnis

Buchst.	Buchstabe
Bull.EU	Bulletin der Europäischen Union
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BYIL	British Yearbook of International Law
CDE	Cahiers de droit européen
CEMT	Conférence Européenne des Ministres de Transport (Europäische Verkehrsministerkonferenz)
CEN	Comité Européen de Normalisation (Europäisches Komitee für Normung)
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electronique (Europäisches Komitee für Elektrotechnische Normung)
CEPT	Conférence européenne des administrations des postes et des télécommunications (Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation)
CMLR	Common Market Law Review
COREPER	Comité des Représentants Permanents des Etats Membres (s. AstV)
COSME	Programme for the Competitiveness of Enterprises and small and medium-sized enterprises (Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine und mittlere Unternehmen)
COST	Coopération européenne dans le domaine de la Recherche Scientifique et Technique (Europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen und technischen Forschung)
CREST	Comité de la Recherche Scientifique et Technique (Ausschuss für wissenschaftliche und technische Forschung)
DAX	Deutscher Aktienindex
ders.	Derselbe
dies.	dieselbe(n)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
Dok.	Dokument
DVBL	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
DWA	Direktwahlakt
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Entscheidung
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGFL	Europäischer Ausrüstungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft
EBLR	European Business Law Review
ECE	Economic Commission for Europe
ECLR	European Constitutional Law Review
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EEF	Europäischer Entwicklungsfonds
EELR	European Energy and Environmental Law Review

Abkürzungsverzeichnis

EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
EFSF	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
EFTA	Europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGB	Europäischer Gewerkschaftsbund
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag über die Europäische Gemeinschaft
EIB	Europäische Investitionsbank
EIF	Europäischer Investitionsfonds
EJIL	European Journal of International Law
ELJ	European Law Journal
ELNI	Environmental Law Network International
ELR	European Law Review
EMRK	Europäische Menschenrechts-Konvention
endg.	Endgültig
EnzEuR	Enzyklopädie Europarecht, 12 Bde., 2. Aufl., Baden –Baden 2020
EP	Europäisches Parlament
EPL	European Public Law
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ERIC	European Research Infrastructure Consortium
Erl.	Erläuterungen
ESA	European Space Agency (Europäische Weltraumorganisation)
ESM	Europäischer Stabilitätsmechanismus
ESZB	Europäisches System der Zentralbanken
ETSI	European Telecommunications Standards Institute
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstand- und Vollstreckungs-Übereinkommen
EuR	Europarecht
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EURONET	Europäisches Informations- und Datenübertragungsnetz
EuV	Europäischer Verein
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWIV	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWU	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem; Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EWSA	Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
EZB	Europäische Zentralbank
f.	Folgende